

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Volksbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postanfragen  
franko gegen franko.  
Gedruckte Briefe  
nach der Schweiz laufen  
Doppelporto.

№ 37.

Beziehe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schickt man nur die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Verfassenden. In besonderen Fällen eingeschrieben.

9. September 1887.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Rückwärts auf der ganzen Linie.

Auf der „34. Generalversammlung der deutschen Katholiken“, die vorige Woche in Trier tagte, forderte, wie die Zeitungen melden, der Bischof von Luxemburg den Bischof von Trier, Herrn Korum, auf, den Gläubigen den heiligen Rock zu zeigen. Der Bischof, heißt es, antwortete ausweichend.

Zweifelsohne will er sich erst vergewissern, wie man in Berlin darüber denkt. Mit Berlin in guten Beziehungen bleiben, ist jetzt die Parole Roms. Leo XIII. weiß, wozu übrigens kein besonderer Scharfsinn gehört, daß Berlin heute das Zentrum der europäischen Reaktion bildet — selbstverständlich das offizielle Berlin — und da man dort noch einige protestantische Nudeln hat, so werden diese möglichst schonend behandelt — vom offiziellen Rom. Das inoffizielle Rom aber, der niedere Klerus und die verpönten Laien, das nicht auf Berlin, sondern, als katholische Partei, höchstens auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen hat, legt sich heute gar keinen Zwang mehr auf, es weiß, wie wenig Widerstandskraft ihm diese öffentliche Meinung gerade in Deutschland entgegenzusetzen vermag.

Als vor 43 Jahren der Bischof Arnoldi von Trier den heiligen „angenähten“ Rock Christi von den Gläubigen anbeten ließ, stieß er so ziemlich auf den einstimmigen Widerspruch alles dessen, was als das gebildete Deutschland galt. Die zur Sentimentalität Veranlagten erhoben sich mit Entrüstung gegen solche Verhöhnung aller natürlichen Logik und historischen Wahrheit, während die realistisch denkenden ihren Ekel über die Komödie durch Spottgedichte-Lust machten, die im Volksmassenhaft verbreitet wurden.

Heute ist dergleichen nicht zu fürchten; die deutsche Bourgeoisie, die noch vor 12 Jahren „Kerases l'Infame!“ (Verächtliche die Infame, d. h. die Kirche!) ausrief,\*) ist ebenso zu Kreuze gezogen wie ihr Abgott, der eiserne Kanzler, und würde sich nicht rühren. Sie ist vom krassen Atheismus zum positiven Christentum übergetreten, denn „Religion muß sein, schon von wegen des Exempels.“

„Dem Volke muß die Religion erhalten werden“, gleichviel welche. — Gleichviel in welcher Gestalt der Arbeiter zu Gott betet, wenn er nur überhaupt betet. Denn

„Duckt er da, folgt er uns eben auch.“

Die Bourgeoisie ist politisch reaktionär geworden, sie ist kirchlich fromm geworden, sie hat wieder Geld für Kirchen, für innere und auswärtige Missionen. Aber das genügt noch nicht, sie wird direkt bildungsfeindlich, sie will nicht nur ein politisch rechtloses, kirchlich frommes, sie möchte auch ein unwissendes Proletariat haben.

Das klingt auf den ersten Augenblick übertrieben, denn Jedermann weiß, daß die moderne Industrie, soweit sie nicht vollständig der Maschine anheimgefallen, geistig hochstehende Arbeiter braucht, aber es ist doch wahr. Zwei Seelen wohnen, ach, in des modernen Bourgeois Brust, eine technisch-wirtschaftliche und eine politisch-soziale. Die erstere ist und bleibt fortschrittlich-revolutionär, die andere wird von Tag zu Tag reaktionärer. Ihr folgt er bewußt und mit voller Hingebung, trotzdem oder je mehr er den Anforderungen der ersteren nachgeben gezwungen. Je vorgeschrittener die Industrie, um so reaktionärer die Bourgeoisie.

In denselben Tagen, da in Trier das Pfaffenhum und sein Trost die Bankrotterklärung der menschlichen Vernunft forderte — denn das ist in letzter Instanz der wahre Zweck der Anbetung des „Ungenähten“ — jammerte das Organ der Bürgerhaft der protestantischen Hochburg Deutschlands, das „Tageblatt der Stadt Leipzig“, bei Besprechung der sächsischen Selbstmord-Statistik, über den „seichten Aufklärer“, der in Sachsen so weit wie wohl nirgends im Volke um sich gegriffen und diesem den „gegen den Ernst des Lebens so nöthigen religiösen und sittlichen Halt geraubt“ habe.

Der „seichte Aufklärer“ soll die übermäßige Häufigkeit der Selbstmorde in Sachsen „zwar durchaus nicht vollständig“, aber jedenfalls „mit“ erklären.

Es ist etwas daran an dieser Beschuldigung. Der unwissende Naturmensch setzt sich in vielen Fällen noch verzweifelt zur Wehrwehr, wo der geistig aufgeklärtere Kulturmensch ver-

zweifeln den Kampf aufgibt, weil er dessen Ausichtslosigkeit erkannt hat. Der aufgeklärte Kulturmensch zieht den Tod der Schande vor, während der Naturmensch sich im äußersten Fall, ohne Rücksicht auf die Folgen, individuell rächt. Letzteres ist nun freilich nicht nach dem Geschmack des „Tageblatt“, es will den Naturmensch ebenso wenig als den aufgeklärten Kulturmenschen: es will den durch die Religion unterworfenen Menschen, der sein Loos, das ihm beschieden, mit Geduld trägt. Daher sein Zorn gegen den „seichten Aufklärer“, der den Arbeiter, wenn er ihn nicht zum Selbstmord führt, zur Sozialdemokratie hinleitet.

Es gab eine Zeit, da war dieser „seichte Aufklärer“ der Stolz des deutschen Bürgerthums. Bildung macht frei, war die Parole. „Bildung“ sollte Alles können: die Volksmasse von den Banden des religiösen Aberglaubens zu befreien, war die Kulturaufgabe, an der die Edelsten und Besten der Nation zu arbeiten hatten.

Gegen diese Auffassung, als sei mit der Widerlegung der Offenbarungsgeschichten schon Alles gethan, gegen das Bestreben, an Stelle der Offenbarungsreligion eine, den Bedürfnissen des Bürgerthums entsprechende „Vernunftreligion“ zu setzen, wandten sich damals weiterblickende Denker und bezeichneten sie mit Recht als seichten Aufklärer. Es war der Spottname für die Halbheit, für die Oberflächlichkeit, der Ton lag auf dem seicht. Weil und insofern sie seicht war, bezw. blieb, wurde die Aufklärung als Aufklärer verpöttet. Wie aber die damaligen Reaktionäre, die „Frommen im Lande“, sich dieses Wortes bedienten, um über alle Aufklärungsbemühungen den Stab brechen zu können, so ist es heute der liberal gewordenen Bourgeoisie eine vortreffliche Phrase, ihre Um- und Einkehr zu rechtfertigen. Weg mit dem Aufklärer! heißt heute Rückkehr zu der „so notwendigen“ religiösen Verbannung.

Wenn das Bürgerthum, trotzdem ihm die Wissenschaft jetzt in der Form von Ausstattungsstudien, von kulturgeschichtlichen Romanen und Völkern „spielend“ beigebracht wird, von Tag zu Tag dümmmer wird, wenn ihm ohne die Versicherung, daß die Schönheiten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die vor dem Verstand nicht bestehen können, „von Gott gewollt seien“, jeder „sittliche Halt“ fehlt, warum diese tröstende Gewissheit dem Proletariat vorenthalten?

Darum rückwärts auf der ganzen Linie, Religion, Religion und wieder Religion — nur keine Aufklärung! Bildung macht nicht frei, sie macht nur Selbstmörder und — Sozialdemokraten!

Ein Klagesied, dessen Schlussrefrain auf das gleiche Resultat hinausläuft, stimmt die dem „Leipziger Tageblatt“ politisch und auch sonst gesinnungsverwandte „Kölnische Zeitung“ an. Dem Organ der liberalen rheinischen Bourgeoisie macht die Ueberfüllung der gelehrten Berufe Kopfschmerzen. Außer in der Theologie ist in keinem der akademischen Berufe Platz vorhanden, die Masse der „überschüssigen Intelligenzen“ nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der braven Kölnlerin ahnt Schreckliches.

„Die Züchtung eines gelehrten Proletariats“, jammert sie, „das mit sich und der Welt zerfallen ist, dem Staate und der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung feindlich und jedenfalls gleichgültig gegenübersteht, ist grade in unseren Zeiten der Klassengegensätze um so bedenklicher, als aus dem gelehrten Proletariat die Revolutionen ihre geistigen Führer zu entnehmen pflegen. Es liegt nahe, an das geflügelte Wort des Reichskanzlers zu erinnern, daß der Nihilismus in dem Abiturientenproletariat seine Nährquelle habe. Die Bildung eines gelehrten Proletariats, welches unter Umständen die Leitung der sozialdemokratischen Bewegung in die Hand nehmen könnte, ist aber unvermeidlich, wenn sich nicht Mittel und Wege finden lassen, dem übermäßigen Zubrang zu den gelehrten Berufen, ehe es zu spät ist, Einhalt zu thun.“

Sehr gut gesagt, Kölnlerin; wird von uns Wort für Wort unterschrieben. Denn mit dem frommen Schlusswort ist es nicht. In seiner Tendenz nicht minder reaktionär wie der Stofseufzer des „Leipziger Tageblatt“ — sehr richtig bemerkt das „Berliner Volksblatt“, daß er nur durch das jetzt in Rußland ausgeheute Mittel, die Bildung zu einem Monopol für die Reichen zu machen, zu verwirklichen wäre — ist er gleich diesem unausführbar. Um den Zubrang zu den gelehrten Berufen abzumildern, muß man den Zubrängenden erst andere Thätigkeitszweige eröffnen können. Wo aber diese hernehmen und nicht fehlen? Oder, da es an der Lust zum Stehlen ja nicht fehlt — siehe Kolonialpolitik — wo genügend fehlen, um den Ueberschuß unterzubringen? Keine Hoffnung, soweit das Auge blickt. Da hilft selbst der Trost mit dem Jenseits nichts, die Intelligenzen sind dünn gezier, die sich mit einer Anstellung im Jenseits begnügen. Die meisten wollen auf Erden angestellt sein, und müßten sie darüber Sozialdemokraten werden.

Ehedem konnte man wohl den Leuten mit dem Malthusianismus kommen und ihnen einreden, das Uebel liege daran, daß die Menschen sich zu schnell vermehren, heute aber zieht diese Aussicht nicht mehr. Zu klar liegt die Thatsache zu Tage, daß sich noch weit schneller als die Men-

schen der gesellschaftliche Reichtum vermehrt. Erst neulich wieder gestand ein bürgerlicher Oekonom, Herr Hoes Guhot, im „Globe“ ein, daß das Malthus'sche „Gesetz“ nicht nur falsch ist, sondern „geradezu umgekehrt werden kann.“ Die Bevölkerung vermehrt sich in arithmetischer Reihe, während der gesellschaftliche Reichtum in geometrischer Reihe zunimmt.“

In England vermehrte sich der Nationalreichtum von 1855 bis 1865 um 30 Prozent, von 1865 bis 1875 um 40 Prozent, während die Bevölkerung jedesmal nur um zehn Prozent zunahm.

In Frankreich vermehrte sich in den Jahren von 1826 bis 1885 die Bevölkerung um etwa 25 Prozent, während der Nationalreichtum sich in der gleichen Epoche um über 200 Prozent vermehrte.

Nicht weniger beträchtlich ist, trotz der riesigen Einwanderung, der Unterschied zwischen der Vermehrung der zu Ernährenden und der der Unterhaltsmittel in den Vereinigten Staaten. Dasselbst betrug:

die Bevölkerung	der Nationalreichtum	Durchschnitt	
	Dollars	des Reichtums	
		per Kopf	
		Dollars	
1820	9,638,000	1,882,000,000	195,00
1850	23,191,000	7,135,000,000	307,00
1870	38,558,000	30,089,000,000	776,96
1880	50,155,000	43,642,000,000	870,14

In sechzig Jahren stieg die Bevölkerung auf das Fünffache, der Nationalreichtum auf das nahezu Fünfundzwanzigfache! Und doch überall die gleiche Klage: Ueberfluß an — Menschen!

Ueberfluß an geistigen Arbeitskräften, Ueberfluß an Handarbeitern, Ueberfluß an Menschen bei Ueberfluß an Produkten. Ueberproduktion auf allen Gebieten. Und da sollen Diejenigen, die am meisten darunter leiden, die man verhungern läßt, weil zu viel zum Essen da ist, nicht zur Ueberzeugung kommen, daß die Wurzel des Übels in der falschen, in der überflüssig gewordenen Gesellschaftsorganisation liegt?

Rückwärts auf der ganzen Linie — das ist der Schmerzensschrei der geängstigten Bourgeoisie.

Sie möchte überall zurückdämmen — politisch, religiös, sozial — aber sie muß vorwärts arbeiten, ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen zwingen sie dazu. Daß sie in dieser verwerflichen dummen Position immer mehr selbst verdummt, ist begreiflich, aber ebenso begreiflich ist auch, daß und warum ihr Wunsch, das Proletariat mit zu verdummen, ein frommer Wunsch bleiben wird. Sie muß seine technische Ausbildung fördern und — für das Uebrige sorgt der Klassenkampf.

### Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Die schon in voriger Nummer von uns erwähnte Einladung zu einem sozialdemokratischen Parteitag lautet wie folgt:

Parteigenossen! Innerhalb unserer Partei besteht seit Langem der lebhafteste Wunsch, einen allgemeinen Parteitag einzuberufen zu sehen, auf welchem die Partei zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung nehmen kann.

Die Reichstagsfraktion als die berufene Vertreterin und Leiterin der Partei beschloß, den Parteitag im Herbst dieses Jahres einzuberufen und zu dessen öffentlicher Berufung auch die früheren Reichstagsabgeordneten und die den Einzelanträgen angehörenden Parteigenossen einzuladen. Mehrere der gegenwärtigen und früheren Abgeordneten sind theils durch noch anbauende Gefangenschaft, theils durch noch obgleichendes Strafverfahren an der Unterzeichnung verhindert.

Als Tagesordnung für den Parteitag ist festgesetzt:

- 1) Reichstagsbericht des Vorstandes der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Grillenberger.
- 2) Haltung und Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und in den Landtagen. Berichterstatter: Hasenclever, Singer und Debel.
- 3) Stellung der Partei zu den Reichstagen und Zollfragen in Verbindung mit der Sozialreform der Regierungen und der Arbeiterkategorie. Berichterstatter: Kuser und Grillenberger.
- 4) Stellung der Partei bei den letzten Reichstagswahlen. Berichterstatter: Liebknecht.
- 5) Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses für das nächste Jahr, welcher ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Kulturländer in Bezug auf eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung vereinbaren soll. Berichterstatter: Debel.
- 6) Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Anarchisten. Berichterstatter: Liebknecht.

Parteigenossen! Obgleich die Erörterung aller Fragen, über die auf dem Parteitag verhandelt werden soll, in keinem Widerspruch mit dem gemeinen Recht in Deutschland steht, zwingt uns das Ausnahmengesetz und seine Handhabung, besonders Schutzmaßregeln zu treffen. Aus diesem Grund und damit der Parteitag ungehindert verhandelt kann, sind wir genöthigt, Ort und Zeit desselben vorläufig nicht bekannt zu geben.

Parteigenossen! Wir erlauben Euch um zahlreichen Besuch. Jeder Genosse ist willkommen. Selbstverständlich bleibt dem Parteitag der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Theilnehmer vorbehalten.

Wer sich an den Verhandlungen des Parteitages betheiligen will, muß spätestens bis zum 15. September sich bei einem Mitgliede des

\*) Das heißt: erstere wie 1, 2, 3, 4, 5 und so weiter, letztere wie 1, 2, 4, 8, 16 u. s. w.

\*) Damals durfte ein Berliner Mißblatt, ohne daß ein Staatsanwalt dagegen eingeschritten wäre, ein Zeitgedicht gegen das Pfaffenhum veröffentlichen, an dessen Schluss es hieß, es werde nicht besser in der Welt werden, als

„Bis an des letzten Pfaffen Darm  
Die letzte Kanne hängt.“

Im französischen Original heißt es bekanntlich statt: die letzte Kanne, der letzte König. Die Abänderung ist bezeichnend für den Geist der liberalen Kulturkämpfer.

Fraktionvorstandes, der aus den Genossen A. Bebel (Plauen-Dresden), C. Grillenberger (Rürnberg), W. Hasenclever (Düsseldorf), S. Meißner (Hannover), Paul Singer (Dresden), besteht, melden.

**Mit sozialdemokratischem Gruß!**

J. Kuer, A. Bebel, W. Bloss, W. Bod, H. Dietz, R. Frohne, F. Meyer, C. Grillenberger, F. Harm, W. Hasenclever, A. Heine, F. Hoff, K. Raben, W. Kayser, W. Liebschütz, S. Meißner, H. Mülliger, K. Sabor, G. Schumacher, P. Singer, W. Stolle.

Wenn wir uns die Unterschriften betrachten, so finden wir, daß von sämtlichen sozialdemokratischen Abgeordneten — für Reichstag und Landtag, und zwar sind die bei der letzten Wahl nicht wiedergewählten Abgeordneten mitgerechnet — sieben fehlen: Geiser, Kräcker, Pfannkuch, Ulrich, Bieder, Bollmar und Wiemer. Von diesen befinden sich Geiser, Kräcker, Pfannkuch, Ulrich und Bollmar entweder im Gefängnis oder unter Strafverfahren, so daß unter der Einladung eigentlich nur zwei Unterschriften fehlen, die Bieder's und Wiemer's, welche aus privaten und geschäftlichen Gründen von der Unterzeichnung Abstand nehmen zu müssen glaubten.

Der deutschen Reptsipresse, die in allen Tonarten schon das Lied ins Land gesungen hatte, die sozialdemokratische Fraktion sei mit ihren Wählern so zerfallen, daß sie keinen Kongreß zu berufen wage, ist die Einladung wie ein Pfeilstein in den Kopf gefallen. Sie windet sich vorlegen und — demunzt. Die anständige Presse anerkennt durchweg die Form der Einladung und findet das Vorgehen der sozialdemokratischen Abgeordneten ebenso natürlich als korrekt.

Der „Rationalen Zeitung“ kündigt die Tagesordnung des Kongresses so harmlos, da sie auf die Vermutung kommt, dieselbe sei eine spanische Wand, hinter welcher die wirklichen Vorbereitungen für den Parteitag um so sicherer getroffen werden sollen.

Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erscheint es „merkwürdig“, daß diejenigen, welche zu dem Parteitag einladen, da sie angeblich auf völlig legalen Boden stellen, es für nötig halten, Ort und Zeit des Parteitages zu verheimlichen und diesen im Ausland abzuhalten.

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ ganz richtig: „Uns dünkt das ganz natürlich, denn erstens macht die Existenz des Sozialistengesetzes, das kaum eine sozialdemokratische Versammlung duldet, die Abhaltung eines Kongresses in Deutschland unmöglich, und zweitens haben die Sozialdemokraten gute Gründe, durch Verheimlichung von Zeit und Ort ihres Parteitages gewisse Elemente — man kann sie kurzweg als Jhring-Rahlow's bezeichnen — fernzuhalten, deren Aufgabe der „Korrb. Allg. Ztg.“ gewiß nicht unbekannt sein dürfte und auf die es wohl auch genügt ist, wenn es in der Einladung zum Kongresse heißt, der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer bleibe der Versammlung vorbehalten.“

Zur Erleichterung unserer Leser sei der phänomenale Widerspruch angegeben, den das „Leipziger Tageblatt“ in Sachen des sozialdemokratischen Parteitagkongresses verrichtet. Dieses Organ für Schweinsärschel, Ändel und schäbische Kartellbrüderlichkeit schreibt wörtlich Folgendes:

„Inzwischen wird uns von der Vorbereitung zu einem „Parteitag“ der Sozialdemokraten gemeldet. Wir haben das Programm unserer Lesern mitgeteilt. Dasselbe macht auf den ersten Blick einen harmlosen Eindruck, aber vielsach wird, wie uns scheinen will, mit Recht, angenommen, daß der wichtigste Teil des „Programms“ eben nicht vorher bekannt gegeben wird. Willkommen auf dem Parteitag ist angeblich jeder „Genosse“, doch bleibt dem Parteitag der Beschluß über die Zulassung jedes einzelnen Teilnehmers vorbehalten. Damit allein ist schon gesagt, daß es sich nur um eine Versammlung von „Vertrauensmännern“ handelt, was vielleicht nur eine bestehende Organisation von Parteitagatoren bestätigt, ergänzt oder erweitert werden soll. Tatsächlich sind Spaltungen unter den deutschen Sozialdemokraten vorhanden, und ein großer Teil derselben will die Autorität der Reichstagsfraktion nicht anerkennen. Besonders in Berlin will die Mehrheit der Sozialdemokraten sich diesem Zug nicht beugen, und diese erkennen besonders den Stadtvorordneten Gdrdt, ehemaligen Schloffer, jetzigen Zigarrenhändler, als ihren „Führer“ an. Der Ort und Zeitpunkt des „Parteitages“ wird geheim gehalten; es wird indes angenommen, daß die Versammlung in den ersten Tagen des Oktober stattfinden. Man darf gespannt darauf sein, ob die Spaltungen, welche notorisch vorhanden sind, dort zum Ausdruck kommen und ein vorübergehender Friede geschlossen werden wird.“

Die schon zitierte „Frankfurter Zeitung“ schreibt weiter über den bevorstehenden Parteitagkongreß:

„Den sozialdemokratischen Kongressen zu Widen und Kopenhagen wird diesen Herbst ein neuer, „unbekannt: wo“ folgen, für den die Führer der Partei oder die Konsequenzen des bekannten Freiburger Prozesses sorglich beherzigt haben. Bekanntlich verurteilte das Gericht die Teilnehmer am Kopenhagener Kongresse wegen Jugendlichkeit zu einer Verbannung, die gesetzwidrige Zwecke verfolgte, und sah diese Jugendlichkeit dadurch als erwiesen an, daß die Mitglieder des Kongresses im Besitz von Mandaten ihrer Parteigenossen gewesen seien, was mit Sicherheit auf eine Organisation schließen lassen; der gesetzwidrige Zweck aber wurde in der Vorbereitung des verbotenen Züricher Blattes, des „Sozialdemokrat“, gefunden. Die Parteileitung beilegte sich, öffentlich zu erklären, daß jenes Blatt künftig nicht mehr den Charakter eines offiziellen Organs der Sozialdemokratie tragen werde, damit war der erste Stein des juristischen Kostes beseitigt. Bei der Berufung des Parteitages hat man jetzt auch den anderen aus dem Wege zu schaffen gesucht. Die Einladung wendet sich einfach an die Parteigenossen, heißt Leben willkommen, der erscheinen will, und gibt, da er von den zu wählenden Delegierten, von Prüfung etwaiger Mandate nichts sagt, keine Handhabe, die auf vorhandene oder erst zu schaffende Organisation schließen ließe.“

Die „Berliner Volkszeitung“ sagt in ihrer Nummer vom 29. August, wo sie die erste Notiz brachte und über die Echtheit der Einladung noch nicht im Reinen war:

„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dem Rundschreiben — es war dies noch nicht das endgültige Rundschreiben, sondern erst der Entwurf —, es erscheine „merkwürdig“, daß diejenigen, welche zu dem „Parteitag“ einladen, da sie angeblich auf völlig legalen Boden sich stellen, es für nötig halten, Ort und Zeit des Parteitages zu verheimlichen und diesen im Ausland abzuhalten.“ Das offiziöse Hauptblatt würde den naturgemäßen Zustand der Dinge wohl erst dann für hergestellt erachten, wenn Herr Jhring-Rahlow mit einem Referat über Ausrüstung von Dynamitbomben für den sozialdemokratischen Kongreß betraut würde.

„Die Echtheit des obigen Rundschreibens stellen wir, wie gesagt, dahin. Wenn aber die „Rationalen Zeitung“ aus der ihres Erachtens „harmlosen Tagesordnung“ des geplanten Kongresses die „Vermutung“ herleitet, das Rundschreiben sei eine spanische Wand, hinter welcher die wirklichen Vorbereitungen für den Parteitag um so sicherer getroffen werden könnten, so sollte sie bei ihrer tiefen Kenntnis der Zeitgeschichte am Ende doch wissen, daß die Tagesordnungen der sozialdemokratischen Kongresse von Widen und Kopenhagen wesentlich ebenso lauteten, wie die oben angegebene.“

In ihrer Nummer vom 30. August schreibt die „Volksztg.“:

Die angebliche „Harmlosigkeit“ der Tagesordnung, an welcher die „Rationalen Zeitung“ sich stützt, haben wir gestern schon als eine listige Einbildung gekennzeichnet; die Tagesordnungen der Kongresse von Widen und Kopenhagen waren im Wesen der Sache dieselben, und worüber soll denn ein Parteitag anders berathen, als über die allgemeine Lage der Partei, über die Taktik ihrer parlamentarischen Vertreter, über ihre Stellung zu den brennendsten Tagesfragen und so weiter? Zu Nebergen geht das Rundschreiben mit bemerkenswerthem Geschick die Fuhangeln des Freiburger Urtheils. Wenn beispielsweise die „Kreuzzeitung“, welcher das Rundschreiben gestern noch nicht bekannt war, triumphierend darauf hinwies, daß Freiburger Urtheil habe die Teilnehmer des Kopenhagener Kongresses im Sinne von §§ 127 und 128 des Strafgesetzbuchs für schuldig erklärt, weil ihnen von je einem Kreise ihrer Parteigenossen ein Mandat zu demselben übertragen und dieselben mit einer schriftlichen Vollmacht dabeist erschienen seien, wodurch sie sich als Leiter einer ungesetzlichen Verbindung gekennzeichnet hätten, und wenn das Junkerblatt hierin ein unüberwindliches Hinderniß einer neuen sozialdemokratischen Parteitages

erklärte, so wird dies Hinderniß in dem Rundschreiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sehr einfach dadurch beseitigt, daß jeder Parteigenosse zu dem Parteitag eingeladen wird. Dem Erscheinen der „Genossen“ Jhring-Rahlow, Kaporra und sonstiger Schützlinge der „Kreuzzeitung“ wird dann allerdings ein unüberwindliches Hinderniß entgegen gestellt, indem der Parteitag sich die Entscheidung über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer vorbehält. Noch schmerzlicher als die tiefstänigen Rechtsverlegungen der „Kreuzzeitung“ ist der offiziöse Spott darüber, daß Ort und Zeit des Parteitages verheimlicht werden und derselbe im Auslande abgehalten werden soll. Es ist ganz richtig, daß ein sozialdemokratischer Parteitag mit solcher Tagesordnung nicht nur nach gemeinem Recht, wie das Rundschreiben sagt, sondern sogar nach dem Sinn und Wortlaut des Sozialistengesetzes, in welchem dasselbe vom Reichstage ursprünglich bewilligt worden ist, durchaus statthaft sein würde, aber da eine neunjährige Erfahrung tausendfache Beweise darüber gebracht hat, daß die Ausnahmeregeln in anderem Sinne gehandhabt zu werden pflegt, so gebührt wirklich die ganze Albernheit offiziöser Solbtschreiber dazu, die Verlegung des sozialdemokratischen Parteitages ins Ausland als einen unheimlichen Hochverrath darzustellen zu wollen. Unheimlich ist bei dem ganzen Vorgange nur das Ungeheuer, mit welchem die Reaktion sich wieder einmal von der Revolution hat überdieseln lassen, ein Ungeheuer, dessen drastische Unglaublichkeit sich schon durch den äußeren Umstand bekundet, daß die Aufforderung zur Bezeichnung des sozialdemokratischen Parteitages nicht durch die deutschen Arbeiterblätter, sondern — durch die offiziöse Presse veröffentlicht worden ist. Man kann sich keinen augenscheinlicheren Beweis dafür wünschen, daß es die Reaktion ist, welche allemal die Geschäfte der Revolution besorgt. Nach dem Scheitern des Ausnahmengesetzes waren alle reaktionären Hoffnungen auf das Freiburger Urtheil gesetzt; jetzt hat sich auch dieses als ein rein papierner Damm gegen die sozialdemokratische Agitation erwiesen. Was nun weiter? Soll der „deutsche Richter“ — nach der angenehmen Auffassung des Polizei-Inspektors Krieter — wieder helfen, wie er in dem Freiburger Urtheil geholfen hat? Da eröffnen sich wirklich herrliche Aussichten für das deutsche Reich!

Zur Erklärung des Umstandes, daß — wie schon oben angedeutet — das Einladungsschreiben anfangs nicht in der endgültigen Form, sondern nach dem Wortlaute des Entwurfs veröffentlicht wurde, schrieb Bebel unterm 30. August an die „Berliner Volkszeitung“:

„Die vorzeitige und verheimlichte Veröffentlichung ist meines Wissens dadurch erfolgt, daß ein Exemplar des Auftrags, mit der Aufforderung zur Unterzeichnung, weil dem Adressaten der Brief nicht zugestellt werden konnte, in die Hände einer mitteldeutschen Polizeibehörde fiel. Die alberne Bemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Verheimlichung von Ort und Zeit des Parteitages und seine Abhaltung im Auslande findet in der bezüglichen Begründung des Auftrags ihre beste Widerlegung. Nach Herrn von Puttkamer ist schon eine Volksversammlung unter allen Umständen auf Grund des Sozialistengesetzes zu verbieten, wenn nur ein gewisser „Führer“ darin sprechen will, was würde erst geschehen, wenn die gesammte „Führerschaft“ zu einer mehrteiligen Versammlung zusammenträte? Wenn wir doch einmal von fremder „Snade“ in Bezug auf unsere eigensten Parteianglegenheiten abhängen sollen, wollen wir lieber von der „Snade“ einer fremden Regierung, als von der Snade der deutschen Polizei abhängen. Dies mögen sich die „Korrb. Allg. Ztg.“ und ihre Hintermänner hinter die Ohren schieben.“

Damit die Leser nicht etwa denken, es sei der (mythische) Geschäftlichkeit der Puttkamer'schen Polizei gelungen, das Einladungsschreiben vor der Zeit habhaft zu werden, so sei hier kurz erwähnt, daß die Polizei in der Sache gar keine Entdeckungen gemacht hat. Die Zirkulare, in welchen zur Unterzeichnung eines im Entwurfe beizuliegenden, aber auch für die vollste Deffentlichkeit bestimmten Einladungsschreibens zum Parteitag aufgefordert wurde, gingen an sämtliche Abgeordnete, da man es, um einem Geheimbündnisprozeß vorzubeugen, von vornherein für notwendig hielt, von diesen die Initiative ausgehen zu lassen. Unter den Adressaten befand sich auch Pfannkuch; und da dieser augenblicklich im Gefängnis ist, so kam das Zirkular in die Hände der Behörden und wurde von diesen nach Berlin geschickt.

Dies der einfache Sachverhalt, der ja charakteristisch ist für die Zustände im herrlichen deutschen Reich, aber den Puttkamer'schen Myrindonen nicht das wenigste Korberblättchen übrig läßt. Die Spitze haben in diesem Fall sich geradezu scharfsinnig und scharfsichtig gezeigt, wie in allen ähnlichen Fällen.

Was nun die Tagesordnung des Kongresses anbetrifft, so entspricht dieselbe unseres Erachtens im Großen und Ganzen durchaus den Bedürfnissen der Situation der Partei. Ueber die größere oder geringere Wichtigkeit der einzelnen Punkte kann man natürlich verschiedene Meinungen sein, im Allgemeinen wird man es jedoch nur gerechtfertigt finden, wenn eine Partei, welche, wie die deutsche Sozialdemokratie, sozusagen beständig unter den Waffen steht, vor allen Dingen über die Grundsätze ihrer nächsten Aktion Beratung pflegt, zumal die allgemein-theoretische Basis ihres Wirkens, sowie das Ziel desselben gegeben sind.

Indem wir uns vorbehaltend, auf den einen oder anderen Punkt der obigen Tagesordnung eingehend zurückzukommen, schließen wir für heute, indem wir der zuversichtlichsten Hoffnung Ausdruck geben, daß der bevorstehende Parteitag einen neuen Beweis für die unerschütterliche Lebenskraft der deutschen Sozialdemokratie abgeben wird — ihren Freunden zur Genehmigung, ihren Feinden zum Verdruß.

Glückauf zum Werk!

## Die angebliche geheime Organisation der deutschen Sozialdemokratie und die wirkliche Korruption der deutschen Polizei.

(Schluß)

Weitere Merkmale für eine allgemeine geheime und zentralisirte Organisation der deutschen Sozialdemokratie sind für Krieter die Erklärungen der Frankfurter Parteigenossen im „Sozialdem.“ im Frühjahr 1885 und die Erklärung von Berliner Parteigenossen im „Sozialdemokrat“ zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahres. Ramentlich daß letztere verlangen, der „Vorstand der Partei“ (Fraktionsvorstand) solle nicht mehr bloß aus Reichstagsabgeordneten bestehen und nicht von der Fraktion gewählt werden, sondern von der Partei, ist Krieter ein schwerwiegender Beweis für die allgemeine geheime Organisation. Logisch denkende Leute schließen genau das Gegenheil. Gerade weil, wie bei allen anderen Parteien auch, die Sozialdemokratie als Leiterin die Fraktion bestimmte, die Fraktion, ebenfalls wie alle anderen Parteien, einen aller Welt bekannten Fraktionsvorstand wählte und diesem gewisse Funktionen übertrug; daß ferner die Fraktion als Leiterin der Partei öffentlich bekannt war, und diese sowohl wie der Fraktionsvorstand eine ganze Reihe auf Parteianglegenheiten bezüglicher Auftrufe und Bekanntmachungen öffentlich und mit allen Namen unterzeichnet erließ (Wahlaufrufe, Sammlungsauftrufe, Kongreßeinberufungen, Erklärungen etc.), beweist das Gegenheil einer über die Partei sich erstreckenden geheimen Organisation und Zentralisation. Krieter geräth auch bei dem Versuch, den Beweis hierfür zu erbringen, in die härtesten Widersprüche.

Er gibt ausföhrliche Mittheilungen, wie an den einzelnen Orten die Mitglieder organisiert sein sollen, wie die Streuen angeblich aufgebracht, die verbotenen Schriften verteilt werden, Klubs und Gruppen sich als Unterorganisationen bilden etc. Aber die verschiedenen Bezeichnungen, die er für alle diese Handlungen anführt, beweisen, daß, insofern wirklich solche Organisationen bestehen oder bestanden haben, sie rein lokaler Natur waren oder sind.

Sehr erheiternd wirkt hierbei die Mittheilung, daß von Frankfurt a/M. ein „organisationslustiger Schumacher“ nach Berlin geschickt wurde, um in Berlin eine Organisation nach „Frankfurter Muster“ einzurichten, daß aber die Berliner Behörde das Unternehmen durchkreuzte und nach 14 Tagen den „organisationslustigen Schumacher“ auswies.

Man sollte meinen, die Berliner Behörde würde diese Wissenschaft benutz haben, um durch die Scharfe und geheime Beobachtung des „organisationslustigen Schumachers“ hinter die Berliner „geheime Organisation“ zu kommen. Aber für eine so naheliegende Idee war, so muß man nach Krieter's Darstellung annehmen, die Berliner Polizei offenbar zu beschränkt.

Nach Krieter sind die Vertrauensmänner für Pöbel und für die Zentralleitung dieselben, außerdem bewilligt die Zentralleitung Unterstützungen und Darlehen für die Gründung von Zigarrengeschäften, Restaurationen etc., deren Inhaber dann die Berpfichtung haben, die laufenden Arbeiten für die Partei zu erledigen; „sollte sich einer derselben dieser Aufgabe zu entziehen suchen, so hat er damit auch sicher seine Stellung als Zigarrenhändler etc. eingebüßt.“

Der gute Glaube an die unerschöpfliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei, der aus dieser Mittheilung Krieter's spricht, verdient zwar alle Anerkennung und ist für die Partei sehr schmeichelhaft, aber dieser gute Glaube wird Krieter nicht vor dem Spott gelächter unserer Parteigenossen retten, wenn sie seine Ausführungen lesen.

„Da ist es natürlich auch kein Wunder“, jammer Krieter auf S. 33, „daß ein Gerichtshof, der die innere Bewegung der sozialistischen Partei nur aus dem ihm vorgelegten Aktenmaterial kennt (aber was hindert Sie, lieber Krieter, überall als Kronzeuge aufzutreten?), nicht sofort ein klares Bild über die gesammten revolutionären Tendenzen und das prinzipielle ungesetzliche Treiben der Partei erhält.“

Krieterchen, Sie sind in der That ein Praktiker und verdienen, in Gold gefaßt zu werden. Wenden Sie sich einmal an Onkel Puttkamer, ob dieser nicht geneigt ist, Sie als kaiserlich-deutschen Generalkronzeugen für alle Sozialistenprozesse im deutschen Reich anzustellen? Bei Ihrer selbstensenen Ueberzeugung und Ihrem großen moralischen Muth, nicht zu beweisende Thatsachen auf das Postivste als vorhanden hinzustellen, steht Ihnen doch sicher nicht die Ehrn, auch die nöthigen Sünder-Geld zu leisten, um Ihre Behauptungen zu bekräftigen. Sie könnten sich als Staatsadvokat unterbrechtlich Verdienst erwerben. Die deutschen Staatsanwälte sind wahre Stümper gegen Sie!

Krieterchen geht dann zur Darlegung der Zentralleitung und des Kongresses über. „Die Namen der Mitglieder der Zentralleitung und der Thätigkeit derselben sind den Mitgliedern der Verbindung unbekannt“, versichert er. Er weiß ganz genau, daß im Wübener Protokoll die und seit angeklündigt steht, daß der Kongreß die jeweilige Reichstagsfraktion als Parteileitung einsetzte, er weiß ferner ganz genau, daß darüber kein Sozialdemokrat im Zweifel ist; er weiß auch, daß der Fraktionsvorstand durch seine öffentlichen Ertrufe und Sammlungs-Aufforderungen den Genossen bekannt ist, trotzdem sagt er: die Zeitung sei geheim.

Es ist, wie schon bemerkt, Krieter's eingeschaltete Absicht, durch seine Broschüre namentlich auch dem deutschen Richterstand über das Ungesetzliche der sozialdemokratischen Organisation die Augen zu öffnen und sie als eine geheime Verbindung hinzustellen; es ist hiermit also wieder ein Beweis gegeben für die geringe Meinung, die Krieterchen von der Fassungskraft deutscher Richter hat. Er traut den deutschen Richtern zu, daß sie durch das, was er in der ersten Hälfte seiner Broschüre phantastirt und zusammenstellt, sich so blöndlings einnehmen lassen, daß sie nicht erkennen, wie er in der zweiten Hälfte derselben all die bezüglichen Aufstellungen wider Willen preisgeben muß.

Die Zentralleitung der Partei, läßt Krieter, wird gebildet aus dem Parteivorstand und den Sekretären. Daß die sogenannte „Zentralleitung“ die Reichstagsabgeordneten bilden, ist ihm zufolge Schwindel. Der Parteisekretäre gibt es neben dem Vorstand — man höre und staune — fünf. Die Arbeiten dieser fünf Sekretäre sind folgendermaßen vertheilt:

Co. Bernstein ist Redakteur des „Sozialdemokrat“ und zugleich Korrespondent für alle inneren Angelegenheiten; der vormalige Schumacher J. Schüller ist Verwalter der Schriftensammlung und zugleich Kopf des Parteiarbeits; der frühere Reichstagsabgeordnete J. Müllner ist Leiter des Schriftenverbanbes und zugleich Verwalter der Expeditionskasse; die beiden Faktoren der Druckerei, Fischer und Taucher, haben zugleich die Verwaltung der übrigen Fonds (Zugliffschriften, Unterstüzungs- und Diätenfonds), auch hat Fischer, so versichert Krieter, auf dem Kopenhagener Kongresse als Vertreter der „Administration des Sozialdemokrat“ über den Stand des Blattes Bericht erstattet.

Diese Parteisekretäre, die mit Gehalt angeestellte Parteibeamte darstellen, läßt Krieter weiter, setzt der Parteivorstand ein, doch bedürfen sie der nachträglichen Genehmigung des Kongresses.

Parteivorstand und Parteisekretäre bilden die vereinte Zentralleitung. Verwaltung und Verwendung der Fonds ist ihre hauptsächlichste Aufgabe. Die Zentralleitung bestimmt die Höhe der Gehälter der Sekretäre und der Diäten für die Abgeordneten, sie bewilligt die größeren Unterstüzungsummen für die Familien der zu längeren Gefängnis verurtheilten Parteigenossen; sie bewilligt ferner „Darlehen“ zur Begründung von Zigarren- und ähnlichen Geschäften, um einzelnen lokalen Führern Epitaphen zu schaffen, auch sollen bisweilen Darlehen zur Gründung von Zeitungen gegeben werden etc. Diese Zentralleitung hat ferner die Oberaufsicht über die Redaktion des Parteiorans, beschließt über die Aufnahme von Erklärungen, von Erörterungen über das taktische Vorgehen der Partei und über Aufnahme von Angriffen gegen bekannte Parteigenossen: sie bestimmt die Herausgabe aller Bücher, Broschüren und Zeitchriften, welche in der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Dattungen hergestellt werden sollen u. s. w.

Man weiß nicht, soll man über die Unverschämtheit, mit welcher Krieterchen hier die heterogensten Dinge behauptet, mehr lachen oder sich entrüsten. Das Zeug, was er über die Zentralleitung schreibt, ist nicht nur unwahr, es ist unsinnig. Eine solche Zentralleitung, von welcher fünf Mitglieder im Ausland leben, die übrigen fünf in Deutschland zerstreut wohnen, von der die eine Hälfte die andere wählt, und was dergleichen Blödsinn mehr ist.

Krieterchen könnte über die Natur der sogenannten Zentralleitung gar nicht im Zweifel sein, wenn er nicht um jeden Preis dichten wollte. Die veröffentlichten Kongreßbeschlüsse, die früher veröffentlichten Erklärungen der Fraktion im „Sozialdemokrat“ etc., die mündlichen Erklärungen der Beteiligten vor dem Reichstag und vor Gericht lassen darüber gar keinen Zweifel. Aber natürlich, das ist Alles zu einfach und schmerzhaft, daß gibt vor allen Dingen keinen Anlaß zur Demunzung einer geheimen Zentralleitung, und diese will Krieterchen um jeden Preis konstruiren, da er sie nicht zu beweisen vermag.

Daß die Fraktion einen bestimmten Einfluß auf die Haltung des „Sozialdemokrat“ hatte, bis das Freiburger Urtheil sie zu der Erklärung in Nr. 43 des „Sozialdemokrat“ vom vorigen Jahre bestimmte, daß sie die Verwaltung des Unterstüzungs-, Wahl- und Diätenfonds befaß und besaß — der Zugliffistenfonds existirt seit 5 Jahren nicht mehr und ist mit dem sogenannten Agitationsfond, wie aus dem bezüglichen Aufrufen hervorgeht, von der Expedition des Blattes seinerzeit auf eigene Faust ins Leben gerufen worden — daß die Fraktion, resp. der Fraktionsvorstand die Wahlen leitete, in Streitigkeiten unter den Parteigenossen, hier als Schlichtsgericht angetruen, entschieden, sind öffentlich, nie und von Niemand bestrittene Thatsachen, sie sind auch vor Gericht ohne Weiteres zu gegeben worden.

Nur Krieterchen unterschlägt alle diese Thatsachen, um sein erlogen Gebilde einer geheimen zentralisirten Verbindung aufzichten zu können.

Nach ihm bildet ferner der Parteitag den Schlüssel der geheimen Parteioorganisation und geföht er „in Folge der Geheimhaltung der Zeit, des Ortes, der Teilnehmer und der geföhrten Verhandlungen zu der allgemeinen geheimen Organisation.“

Auch hier wieder die freche Unterstüzung von Thatsachen. Der Kongreß wurde stets öffentlich im „Sozialdemokrat“ angeklündigt, ebenso wurde über seine Verhandlungen, die nicht für die Polizei, sondern für die Partei und alle Leser bestimmt waren, im „Sozialdemokrat“ und in besonderen Protokollen Bericht erstattet. Ohne deren Veröffentlichung wüßte die deutsche Polizei Vieles nicht, was mit sie sich heute bräut. Ein großer Theil der Teilnehmer hat auch nie aus seiner Teilnahme ein Geheimniß gemacht, die sozialdemokratische Fraktion als Einberuferin war weltbekannt. Geheim wur-

den Ort und Zeit gehalten, wie öffentlich zugehandelt wurde, um der deutschen Polizei eine internationale Intervention, dem Unmöglichkeit des Kongresses zu verwehren. Die Teilnehmer verschwiegen aus dem gleichen Grunde am fremden Orte ihre Namen, ein Teil auch noch deshalb, weil er, nach Hause zurückgekehrt, politische Verfolgungen, Verhaftung aus Verdacht und Stellung oder, wie in den Belagerungs- und Besatzungszeiten, die Ausweisung gemäßigter Bürger. Das ist alles, was seine Zeit im Chemnitzer und Freiburger Prozess rückfällig zugegeben worden und machte den Richtern die Beurteilung auf § 125 unmöglich. Aber Richterern muß liegen, verdrängen und unterschlagen, sonst hätte seine Schrift keinen Inhalt.

In den Schlüsselpunkten sieht sich Richterern gezwungen, auch auf die Angriffe gegen die Fraktion aus der Mitte der Parteigenossen und auf die „radikale“ und „gemäßigte“ Strömung in der Fraktion zu sprechen zu kommen. Die diesbezüglichen Ausführungen trafen seine eigenen Behauptungen von der gemeinsamen einheitlichen Organisation der Partei und der diktatorischen Gewalt der Zentralleitung. Nach ihm steht gegenwärtig die Fraktion in der Partei gänzlich isoliert, die letztere will vom Parlamentarismus nichts mehr wissen, auch spricht er, Seite 60 — im Widerspruch mit dem vorher Ausgeführten — von der Notwendigkeit der politischen und geistlichen Aufhebung der in den einzelnen Städten geschaffenen Organisationen, nachdem er Seite 53 von der „Züricher Parteileitung“ gesprochen hat — die plötzlich, man weiß nicht wie, auf der Bühne wieder als besondere Leistung erscheint — und die es versteht, die mit ihr in Verbindung stehenden Parteimitglieder in stoffter Luft zu halten. So stolpert ein Widerspruch über den andern.

Wird nicht erleben wir noch im deutschen Polizeilager einen Streit über die Frage: wer am besten die Geheimnisse der Sozialdemokratie zu enthüllen weiß. Als zu Anfang dieses Jahres der Hamburg-Altonaer Geheimbundprozess im Gange war, ließ Ehren-Engel durch die Presse verkünden: jetzt endlich seien die Fäden der geheimen Organisation der Sozialdemokratie über ganz Deutschland entdeckt, welche die Freiburger Angelegenheiten so hartnäckig leugneten. Der Prozess fand statt und nichts kam zum Vorschein, was über den Namen von Altona und Umgebung hinausging. Als vor 4—5 Monaten abermals Massenverhaftungen in Hamburg-Altona stattfanden, ward durch Ehren-Engel, auf dem gleichen Wege wie das vorige Mal, die gleiche Reueigkeit veröffentlicht. Der nächstens stattfindende Prozess wird abermals beweisen, daß es sich nach dieser Richtung um eine Ente handelt. (In mittlerweile auch im vollsten Maße geschehen. Red.) Inzwischen erschienen Ehren-Richters Broschüre und nahm Ehren-Engel den Wind aus den Segeln, aber was sie enthält ist Wind, und nichts als Wind.

Darum ist das Nachwerk gekennzeichnet, das Richterern dem verbliebenen deutschen Spießbürgertum als die Entschlüsselung des Bildes von Satz glaubt präsentieren zu dürfen. Den deutschen Parteigenossen können wir eine Anschaffung des Nachwerks nicht zumuten, sie wissen am besten, was sie davon zu halten haben. Den Vorgesetzten Richtererns aber rathen wir, der schriftstellerischen Thätigkeit ihres Untergebenden ein wenig schärfer auf die Finger zu legen; es ist doch eine Blamage für die gesammte Polizei, wenn eines ihrer Mitglieder, gestützt auf „autoritative Quellen“, eine Arbeit veröffentlicht, die in ihrem Range an die Spitze der Leistung eines mittelmäßigen Quartaners zurückbleibt, in der Unverfrorenheit des Urtheils über richtiger: Leistungen die schlimmsten Reichthümer übertrumpft, und eine für einen höheren Polizeibeamten beschämende und beleidigende Unwissenheit allernmäßig festgesetzter Thatsachen vertritt. Das Nachwerk Richterers wird aber am schlagendsten durch die Thatsache widerlegt, daß seit dem Erscheinen desselben auch in Magdeburg einer der jetzt Mode gewordenen Geheimbundprozesse stattfand und eine Reihe von Beurteilungen auf die §§ 128 und 129 zur Folge hatte, ohne daß von dem nach Richterers Schrift über ganz Deutschland verbreiteten Geheimbund das Geringste nachgewiesen wurde. Die Ironie des Schicksals wollte es sogar, daß das einzige in diesem Prozess mitangeklagte schärfere Reichstagsfraktionsmitglied, Seine, freigesprochen werden mußte.

Die Richter'schen „Entschlüsselungen“ haben also nicht einmal in Magdeburg bei den Richtern Glauben und Beachtung gefunden. Eine solche Desavouierung ist allerdings bitter.

Indeß mit dem Hund als Kur- und Babegast, dem Hund als Ruffschrei, dem Hund als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist das Register noch nicht erschöpft. Es fehlt noch der höchste, der heiligste der Berufs, der Beruf des Vaterlandsverteidigers. Und auch dafür ist gesorgt. Man höre nur, was die Berliner Blätter weiter zu berichten wissen:

„Als am Montag Vormittag gegen 11 Uhr die Standarten- Eskadron, welche dieses Mal das Regiment der Gardes du Corps stellte, mit klingendem Spiele sich dem Palais des Kaisers näherte, um die Standarten wieder abzugeben, konnten die Zuschauer, die sich wieder, wie stets bei diesem imposanten militärischen Akt, in zahlreicher Menge eingefunden hatten, hierbei ein drohliches Intermezzo beobachten. Neben dem Eskadronchef trarbte, wie ein Adjutant, vorchriftsmäßig auf der linken Seite, der Schwadronshund, ein kleiner schwarzer Affenpöcher ohne Maulkorb und mit einer Dienstschabracke gefaltet. Beim Aufmarsch zur Front vor dem Palais bezog er sich als „Schließender Offizier“ hinter die Mitte der Front, zwei Schritt hinter die Reihe der schließenden Unteroffiziere, und hielt dann beim Kommando zum „Vorwärtsgehen“ die Augen reglementsmäßig auf die Standarte gerichtet, bis das Kommando zum „Schultern“ erfolgte. Beim „Abweichen“ der Eskadron zum Abmarsch war er wieder, wie der Wind, auf der linken Seite seines Eskadronchefs. Man konnte bemerken, wie das drohliche Thier bei den Kommandos dienstfertig die Ohren spitzte und ständig den Blick auf seinen Chef gerichtet hielt, unbelümmert um die Vorgänge auf der Straße. Auch heute am Paradedage sah man ihn unermüdblich seine Pflicht thun und zwar noch folger wie sonst, denn heute folgte er mit einer nagelneuen Paradeschabracke. Als Auszeichnung für seinen Dienstverdienst hat er denn bereits auch den „höheren Grad der Gemeinheit“ erreicht, denn an seinem Halsband sieht man die Gefestetenknöpfe prangen. In der Schwadron munkelt man sogar, daß er nach dem Herbstmanöver zum „Unteroffizier“ befördert werden soll.“

Sönnen wir ihm die Ehre. Und hoffen wir zugleich, daß der neu-gedruckte Unteroffizier sich Präsenten in Gestalt von Wurst und Schinken ebenso unangenehm erweisen werde als seine zweibeinigen Herren „Kameraden“. Jedenfalls ist es sehr erhebelnd, daß das bunte Tuch, die „Rümpfe“, Schwadronen etc. nicht bloß auf Menschen ihren geheimnißvollen Zauber ausüben, sondern daß die weltbewegende Bedeutung dieser im Militärstaat unentbehrlichen Dinge selbst den — Hundenausdämmert.

— Bis zu welcher beispiellos tiefen Stufe der Gesinnungsniedertracht der deutsche Servilismus bereits gelangt ist, davon legt nichts deutlicher Zeugnis ab als die Natur der Beschäftigten etc. vom alten Wilhelm, vom Bismarck, vom Rolke etc., welche die Presse des Vaterlandes ihren Lesern aufzufischen für gut findet. Daß die Böhler ihren Helden oder denjenigen, die sie dafür halten, gern allerhand vortheilhafte Eigenschaften etc. anhängen, bezw. andichten lassen, die dieselbe nicht besitzen, ist eine alte Geschichte, und wenn daher die deutsche Bedientenpresse und vom alten Wilhelm geistreiche Ausprüche, von Bismarck edelmüthige Handlungen und von Rolke alte der Freigebigkeit mittheilen würde, so würden wir ihr zwar nicht glauben, aber ihr Verhalten sehr begreiflich und somit auch ganz in der Ordnung finden. Wie die Heuschke ein Kompliment an die Zeitung ist, so wäre es immerhin eine Konfession an den guten Geschmack des Volkes. Aber weit gefehlt. Heute hält man dergleichen nicht mehr für nötig, heute bleibt man bei der Wahrheit — nicht weil man es für ein Unrecht gegen das Volk hielte, es zu belügen, sondern weil man es für vollkommen genug hält, die selbste Albernheit für geistreich zu finden, bloß weil sie aus dem Munde des Heldengottes stammt, die rothe Gemeinheit erhaben und schön zu finden, sobald sie von Bismarck verübt worden — mit einem Wort, aus Richter'sche Begriffe in ihr direktes Gegenheil zu verkehren.

Da ist z. B. das Wort hübsch. Was bedeutet hübsch? Dem Sprachgebrauch nach so etwas wie schön im moralischen Sinne, nicht grade etwas außergewöhnlich Schönes, aber doch immer noch etwas, was unsern Beifall herausfordert. Nun wohl, vor Kurzem konnte man im „Berliner Tageblatt“, einem Reptil, das unter liberaler Flagge leget, folgendes lesen:

„Von der Sparfameit unseres Feldmarschalls Rolke weiß die „Schweidnitzer Zeitung“ — Kreisau, das Gut des Grafen Rolke, liegt bekanntlich in der Nähe von Schweidnitz — folgende hübsche Anekdote zu erzählen, für die wir dem genannten Blatt allerdings die Bürgerhaft überlassen müssen: Graf Rolke besuchte von seinem Gute Kreise jüngst auf einem seiner Ausflüge einen Gastwirt und ließ sich ein Glas einfaches Bier einschenken. Der Wirth führte nur das sogenannte einfache Bier und ausnahmsweise auch einmal Doppelbier, welches in dortiger Gegend sehr beliebt ist. Von ersterem kostete ein Glas 5 Pfennig, von letzterem aber 10 Pfennig. Der Wirth glaubte nun, dem Herrn Grafen das bessere Bier vorsetzen zu sollen, was auch geschah. Feldmarschall Graf Rolke, welcher bei diesem Wirth schon zu öfteren Malen eintrifft gehalten, legte, nachdem er das Bier getrunken und sich lobend über dasselbe ausgesprochen hatte, ein Zehnpfennigstück auf den Tisch, in der Erwartung, daß der Wirth 5 Pfennig herausgeben würde. Da nun der Wirth das Geld dankend einsteckte und nichts herausgab, empfahl sich Graf Rolke, ohne ein Wort zu verlieren. An einem der nächsten Tage kehrte der Feldmarschall wiederum, wie gewöhnlich, bei dem Gastwirth ein und verlangte ein Glas Bier. Der Wirth schenkte auch heute ein Glas Doppelbier ein. Vor der Wirth wurde der Wirth gerufen und Rolke sprach zu demselben: „Ich habe Ihnen beim letzten Hiersein 10 Pfennig gegeben, und da Sie mir nichts herausgaben, so habe ich noch 5 Pfennig auf, womit das heutige Glas Bier bezahlt ist.“ Auf die Bemerkung des Wirths, daß es ja Doppelbier gewesen sei, welches 10 Pfennig koste, erwiderte Feldmarschall Graf Rolke: „Ich habe ja kein Doppelbier bei Ihnen bestellt!“ Sprach's und fuhr lachend weiter.“

Wir fragen man jeden urtheilsfähigen Menschen: Was ist an der Geschichte „hübsch“? Wenn dem Rolke es nicht pakt, daß ihm der Wirth Doppelbier statt einfachem Bier vorsetzte, dann stand es ihm frei, dasselbe zurückzugeben. Das wäre auch noch nicht „hübsch“ gewesen, sondern eben nichts als sein gutes Recht. Trant er aber das Bier aus, so hätte er es als anständiger Mensch auch zu bezahlen, und wenn er das nicht that, so hat er sich einfach schädel, so wenigstens Kleinerlich benommen. Wenn die Geschichte wahr ist, so läge also für die Demuthener des Schlächters aller Grund vor, sie zu verschweigen. Aber, wie gesagt, so tief ist man in Deutschland schon in byzantinischer Speicheldereci versunken, daß man den Großen gegenüber nicht nur auf jedes politische, sondern überhaupt auf jedes Urtheil verzichtet hat.

— Zur Frauenfrage. Durch die Presse läuft gegenwärtig folgende Notiz:

„Die hervorragende Rolle, welche die Frauenarbeit in der modernen Industrie spielt, zeigt sich in dem Beispiel der schweizerischen Textilindustrie. In der Züricher Seidenindustrie sind 30,000 Frauen beschäftigt. In der ganzen Schweiz sind 51,132 Frauen in der Seidenindustrie thätig gegenüber 11,721 Männern, in der Baumwollindustrie 23,846 Frauen und 18,320 Männer, in der Leinen- und Halbleinenindustrie 5332 Frauen, 5553 Männer, in der Wollen- und Halbwollenindustrie 2022 Frauen, 1470 Männer, in der Stickerei 23,000 Frauen, 15,724 Männer. In der Schweizer Textilindustrie überhaupt sind 103,452 Frauen und 52,838 Männer beschäftigt. Daneben finden sich die Frauen in fast allen ersten Industrien, und fast keinen Beruf gibt es in der Schweiz, in welchen die weibliche Arbeitskraft nicht eingebracht ist.“

Diese Zahlen, denen sehr leicht entsprechende für England, für Deutschland — kurz, für alle modernen Industriestaaten anzufragen wären, sind viel beherztere Anwälte für die Gleichberechtigung der Frauen als alle sentimentalischen Freiheitspredigten schmeicheleiger Frauen-Emancipatoren. Für die Arbeiterklasse wird z. B. die Frage der Frauenkimmrechts bald nicht mehr eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine durchaus zeitgemäße Interessenfrage sein. Bei Volksabstimmungen, Wahlen etc. ist das industrielle Proletariat entschieden im Recht, kommt keine Stimme nicht zum gebührenden Ausdruck, so lange der weiblichen Arbeiterkraft das Stimmrecht vorenthalten ist. Der weise, ob Wahlfreie, der bei 17., 18., 19. etc. jährliche Wahlkreis, trotz Kriegslagen etc., am 21. Februar der Arbeiterfrage entrichten worden wären, wenn die in den dortigen Textilfabriken etc.

Beschäftigten Frauen kimmberrechtigt gewesen wären. Im Konton Zürich ist in verschiedenen hochindustriellen Bezirken an eine erfolgreiche Arbeiterkandidatur gar nicht zu denken, denn — die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung besteht aus Frauen und stimmt daher nicht mit. Daß die Frauen ihre Lage nicht begreifen oder nicht im Stande sind, sie zu begreifen, dafür liegt nicht der mindeste Anhalt vor; wenn sie heute noch vielfach unterwürfiger sind als die Männer, so ist grade das Bewußtsein ihrer politischen und sozialen Rechtlosigkeit in hervorragendem Maße Schuld daran. Wo die Frauen dagegen, sei es durch außerordentliche Ereignisse, wie in Revolutions- und Kriegzeiten u. s. w., oder auch auf Grund bestimmter historischer herangebildeter Verhältnisse, wie in Amerika, politische Geltung erzielten, haben sie es an Unabhängigkeit nicht fehlen lassen. Nicht diejenigen, die für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten, sondern diejenigen, die sie bekämpfen, sind unverbesserliche Dolchtrüder.

— Bebel ein Verbrecher gegen die Sittlichkeit, das ist gewiß eine Entdeckung, die alle diejenigen, welche unsere schneidigen Gesetze persönlich oder aus ihrem öffentlichen Wirken kennen, auf's Höchste überraschen muß. Indes ist es in Thatsache, und zwar ist es das Kaiserliche königliche Österreichische Obergericht in — Wien, dem das Verdienst derselben zufällt. Die Sache verhält sich so. Vor einiger Zeit fiel der Polizei in Gmunden eine Sendung von Bebel's „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ in die Hände, und wurde natürlich sofort nach dem berühmten „objektiven“ Verfahren verhandelt. Ein österreichischer Genosse, Zndra, legte gegen das Verbot Einspruch ein, und zwar mit Erfolg. Das 1. Kreisgericht in Weis hob das objektive Verfahren auf. Dagegen rekurrierte nun die Staatsanwaltschaft ihrerseits, und hat jetzt den Triumph, daß das schreckliche Buch auf Grund des § 516 des österreichischen Strafgesetzes durchs verboten ist und bleibt.

Dieser Paragraph aber lautet: „Wer durch bildliche Darstellungen oder durch unzüchtige Handlungen die Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit gröblich und auf eine öffentliche Kernergis erregende Art verletzt, macht sich einer Uebertretung schuldig und soll zu strengem Arrest von 8 Tagen bis zu 6 Monaten verurtheilt werden. Wurde aber eine solche Verletzung durch Druckschriften begangen, so ist es als ein Vergehen mit strengem Arrest von 6 Monaten bis zu einem Jahre zu ahnden.“

Es liegt ein tiefer Sinn in — Angesehen grade dieses Paragraphen. Es gibt zwar viele Leute, die da meinen, es könne kaum ein sittlicherer Buch als das Bebel'sche geben, und wenn man dieses, als die Sittlichkeit und Schamhaftigkeit gröblich verletzend, verbiete, dann müsse man unsere sämtlichen Klassiker, namentlich aber unsere Philosophen ebenfalls verbieten, aber die Ideen haben eben keinen Begriff von dem feinen Gefühl der Wiener Richter und Staatsanwälte. Diese besitzen, wie die sogenannten Wiener Wählblätter beweisen, eine Sittlichkeit und Schamhaftigkeit ganz eigener Art. Sie können die pikantesten Nachheiten und die noch pikantesten Halb-Radikaleiten der „Bombe“, des „Flasch“ etc. behaupten, ohne roth zu werden, und finden sogar, daß sie die öffentliche Sittlichkeit und Schamhaftigkeit haben; aber daß jemand Bebel's Buch lesen könne, ohne roth zu werden, das sei unendbar, meinen die Wiener Richter. Und wer möchte behaupten, daß sie Unrecht haben?

Es bleibt also dabei, Bebel ist ein Sittlichkeitsverbrecher, und sein Buch wird demnach — in sechster Auflage erscheinen.

— Mit dem Raubzug Nr. 2 der Schnapsdröner — Nr. 1 ist bereits im famosen Schnapssteuergesetz vollzogen — wird es also für diesmal nichts. Es hatte sich zwar die genügende Anzahl Teilnehmer gefunden, um an der verprochenen Beute theilzunehmen, aber ein Theil derselben unter Bedingungen, welche es den Gründern des Schnapsringes für rathsam erschienen ließen, einzuwillen von dem „Geschäft“ Abstand zu nehmen. Selbstverständlich ist damit der schon Plan nur aufgehoben, nicht aufgehoben. Mit der Beharrlichkeit, die edle Seelen zieht, werden die Herren vielmehr an ihm festhalten und jetzt all ihren Mühen anstrengen, einen Weg ausfindig zu machen, die widerhaarigen Elemente zum Eintritt in den Ring zu zwingen. Das Ziel ist des Schweiges der Eulen werth: 30 Millionen und mehr pro Jahr aus dem Laichen der armen Leute — dem kann kein ehrlich junger Widerstand leisten.

— In den Armen lagen sich Beide und weinten vor Schmerz und vor Freude. Die von echt christlicher Bestimmung zugehende, unheimliche Aufnahme des Schnapsringes der Junfer an der Börse hat auf die Ersteren tiefen Eindruck gemacht. Um den Preis eines momentanen Profitganges, der für sie dabei abgefallen wäre, einen ganzen Geschäftszweig opfern, ist das nicht der Spiel hochherziger Entfaltung? Menschen, die so handeln, müssen gute Menschen sein, sagten sich die Junfer, wir haben der Börse Unrecht gethan: wahres Christenthum, praktisches Christenthum ist nur noch auf der Burgstraße in Berlin zu finden. Darum, reicht und die Hand, arg verährte Coßns und Leups — Arm in Arm mit Euch fordern wir das Jahrhundert in die Schranken! Das „Deutsche Tageblatt“, wohlgemeint, das agrarisch-feudale „Deutsche Tageblatt“, wendet sich gegen die geplante Besteuerung ausländischer Werthpapiere und mit Argumenten, die jedem Jobberblatt Ehre machen würden. „Eine hohe Emissionssteuer“ (Besteuerung der Zeichnung fremder Werthpapiere), schreibt es, „die den ausländischen Geldgeber erheblich belasten würde, mächte dem deutschen Markt nothgedungen — weil sie ihn dem Auslandsmarkt gegenüber konkurrenzunfähig machen würde — kreditwürdige und solvente Schuldner abspändig machen, während die faulen Geldgeber dadurch auch nicht zu verschonen sind, denn je weniger jemand an's Rückzahlen seiner Schulden denkt, desto liberaler ist er in seinen Zugeständnissen an den Darleher. Eine Kouponsteuer, die ja auch nur für neu einzuführende Werthe in Betracht kommen kann (da sie andernfalls eine nicht zu rechtfertigende Vermögenskonfiskation bedeuten würde), würde genau denselben Effect haben, wenn sie auch extragreich werden könnte als eine Emissionssteuer. Wir glauben nun, daß es auf den Ertrag bei dieser Steuer weniger abgesehen ist, als auf die Reinigung des deutschen Marktes. Diese aber, wie wiederholen es, kann auf dem Steuerwege nicht erreicht werden.“

Mit andern Worten: „Bitte, liebe Regierung, verschone die gute Börse mit dieser Steuer!“ Welche zürende Freundschaft! Oder sollte nicht nur die Börse durch die projektirte Steuer bedroht sein, sondern auch die Geldscheide der „nothleidenden Landwirthschaft“? Nobles Kapital und immobilbes Kapital, die sich so lange in den Säuren gelegen, sind Brüder, und ein Narr, wer sich durch ihre hässlichen Fäulnisse, die gelegentlich wiederkommen werden, darüber hinwegzudenken läßt.

— Ueber die infame Behandlung der Sonntag den 28. August in Grünau bei Berlin, gelegentlich eines Ausfluges zur Gesellschaftlicher Ferdinand Lassalles, verhafteten Berliner Arbeiter (siehe unsere heutige Berliner Korrespondenz) lesen wir in der Berliner „Volks-Tribüne“:

„Die man mit den Verhafteten umsprang, davon nur ein Beispiel. Gegen 2 Uhr Mittags wurde ein Arbeiter артегі, die Gründe sind ihm heute noch nicht bekannt. Gegen 1/4 Uhr wurde er dann mit vier Genossen auf einem Wagen nach Glienicke geschleppt, unter Eskorte von Gensdarmen mit aufgeschlagenen Bajonetten. In Glienicke nahm das Spritzenhaus die gemeingefährlichen Verbrecher auf. War dieses Loth eigentlich für fünf Mann schon zu eng, so wurde die Lage der Inhaftirten eine geradezu unmenschliche, als gegen 9 Uhr Abends noch weitere sechs Männer hinzugespart wurden. Von Liegen war keine Rede, weil überhaupt kein Platz dazu da war. Man kauerte auf etwas Stroh. An Schlägen wäre aber auch sonst nicht zu denken gewesen, denn draußen machte schellklappern mit nöthiglich großem Geräusch ein Anrecht des Dorfes die Rinde. Auch die Glienickeer Bauern mußten natürlich „die verfluchte Sozialistenbrut“, wie sich einer von ihnen ausdrückte, sehen und mit anzüglich Reden beschimpfen; einige sollen sogar brennende Cigaretten in das (strohgefüllte) Spritzenhaus geworfen haben. Als man früh etwas Wasser verlangte, war der Gemeindegeldschulthe impertinent genug zu fragen, wozu denn Sozialdemokraten Wasser brauchen? Bis Montag früh um 9 Redten die Inhaftirten in dem Loth, dann ging es unter Begleitung des Genk,

\*) Dasselbe besteht darin, daß das betr. Preßergzeugniß kurzerhand auf Grund irgend eines Strafgesetzbuchparagraphen konfiszirt wird, ohne daß gegen Verfasser oder Verleger Anklage erhoben würde.

### Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 7. September 1887.

— Eine charakteristische Thatsache sei bezüglich des bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitagess hier mitgetheilt. Seit nach den letzten Wahlen die Richtung der Abhaltung eines sozialdemokratischen Parteitagess bekannt wurde, sind aus Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, England und der Schweiz an die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Duzende von Zuschriften gekommen, in welchen Gastfreundschaft, geeignete Lokale u. s. w. angeboten wurden. Und zwar sind — das macht die Thatsache noch charakteristischer — diese Zuschriften zum Theil von Männern ausgegangen, welche unserer Partei fern stehen und es aber für ihre Ehre halten, einer so schmachvoll verfolgten Partei ein vorübergehendes Hülfe gegen Polizeiwillkür zu gewähren.

Unter ausländischen Leuten hat die deutsche Sozialdemokratie eben einen besseren Namen als Puffkammer und Genossen.

— Unser Zeitalter ist in der That das Zeitalter der entwickelten Humanität — es begnügt sich nicht damit, den Thieren Anspruch auf eine menschliche Behandlung zuzusprechen, es geht noch einen Schritt weiter und vermenschlicht sie. Den Anfang machen, wie billig, die Hunde. Konnte man vor einigen Wochen von den Jagdhunden den Herzogs von Southerland lesen, die mit Besoldung — bezahlend aus Laalen etc. — zu ihrer Erholung von den Strapazen der letzten Jagdpartien in ein französisches Seebad reisten und dort als Babypöcher in die Kustiste eingetragen wurden, so erfreuten den zum Lesen der lokalen Tagespresse Verbannenen bald darauf die Notizen über die Reise eines händischen Durchlauchs — nicht doch, seiner durchlauchtigen Hundesleier — Verzeihung, des Leibhundes seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck, Kyras, nach Riffingen. Dieser Kuderwölfe unter den Hundebanden ist nicht nur in eigener Equipage, mit händischem und menschlichem angeheultem Gefolge, er hatte auch überall, wohin er kam, ein freiwilliges Gefolge, dieses aber nur aus Zweifelhältern bestehend.

Aber nicht alle Hunde können Jagdhunde eines Herzogs, nicht alle Hunde Leibhunde eines Fürsten sein, dessen Reichthum auf Blut und Kränzen aufgebaut worden. Andere Mitglieder dieser interessanten Klasse müssen sich ihre menschenmäßige — fast hätten wir gesagt, menschenwürdige — Stellung erst verdienen. Nun gibt es ja schon seit Längem Zeiten die Berufs- bezw. Hundes-, Fischhunde, Schäferhunde etc., das sind aber bloß ganz spezielle Hundeburgen, erst unserer Zeit blieb es vorbehalten, den Hundeburgen Beruf anzuweisen, die auf den Namen „menschlich“ Anspruch haben.

— Eines der interessantesten Schauspiele auf dem gewaltigen Zentralbühnen der Stadt Berlin — lesen wir in Berliner Blättern — „ist die Arbeit der Treiberhunde. Diese unansehlichen Thiere leisten in der Dressur das Höchste, denn sie arbeiten mit vollem Harn und nicht ihrer Aufgabe. Einer dieser Hunde entladet und beladet ganz selbständig einen Wagon mit Hammeln, wobei ihm zwei jüngere Thiere assistiren. Die drei Hunde verrichten die Arbeit von zehn Menschen. Der Haupthund treibt die Hammeln einander in den Wagon, während die beiden neueren ihm die Hürde zusammenhalten. Und dabei sind die Thiere ungemein gesellig; Fleisch bekommen sie gar nicht, um nicht biffig zu werden. Ein solcher Hund repräsentirt auch ein kleines Kapital, mit 70—80 Thalern wird ein guter Hund gern bezahlt.“

Nun, haben wir zu viel gesagt? Hier hilft nicht der Hund dem Menschen, wie das Pferd, das Rind, das Kamel, hier erstet er ihn. Und wie erstet er ihn! Drei Hunde für zehn Menschen. Und abgesehen von einem Betrag, mit dem ein Mensch noch nicht zufrieden wäre. Ist das nicht der höchste Triumph moderner Wirtschaftlichkeit? Wenn für Menschen, Hunde für Menschen — sei gepriesen, o Kera der Ueberwindung menschlicher — Arbeitslähne!

barmen, Nachwächers und Dorfschulen nach Adlershof, wo endlich die definitive Freilassung erfolgte. Das alles um nichts und wieder nichts. Ein Wunder ist es noch, daß für das in seiner Art einzige Nachlager nichts gesahlt zu werden brauchte. In Köpenick war das anders. Hier zahlte jeder Inhaberin 35 Pf. Schlafgeld; dabei befanden sich fünf Mann in jeder Zelle mit einem Strohsack. Dieser Strohsack kostete mit hin nahezu soviel, wie ein gutes Bett in einem einfachen Hotel. Und da sage man noch, daß unsere Behörden nicht ein sehr starkes Billigkeitsgefühl besitzen!

— Des Proletariats „Lebensüberdruß“. Nachsichende, in ihrer Art sehr berechtigte Notiz entnehmen wir den „Offenburger Nachrichten“:

„Rannheim, 29. August. Großes Aufsehen erregt hier der Selbstmord des Ober-Raschmismeißers Adam Schreiner. Derselbe feierte im Sommer vorigen Jahres sein fünfzigjähriges Buchdrucker-Jubiläum, um bald darauf seine Stelle des Ober-Raschmismeißers einer hiesigen Buchdruckerei niederzulegen und in den Ruhestand zu treten. Wie verlautet, hat der Verlebte den Tod aus Lebensüberdruß gesucht und gefunden. — So schreibt die „Frankfurter Zeitung“. Dagegen theilt der „Korrespondent“ der Buchdrucker mit, daß Schreiner, der 23 Jahre seine Kraft der Firma Rax & Sohn gewidmet, wegen „Altersschwäche“ entlassen wurde.“

Es kommt eben Alles auf die richtige Auffassung an. Wer Selbstmord ist, pflegt gewöhnlich lebensüberdrußig zu sein. Und da des Proletariats Lebensmüde Arbeiten ist, wie der des Bourgeois Genießen, so bleibt dem Proletariat nichts als Lebensüberdruß, wenn er zum Arbeiten nicht mehr taugt, genau wie der Ausbeuter lebensmüde wird, wenn er zum Genießen unfähig wird — sei es aus Lebensmüdigkeit, sei es, weil die Organe nicht mehr so wollen. Die „Frankf. Zeitung“, bzw. ihr Rannheimer Berichterstatter hatte somit Recht, der Selbstmord erfolgte aus Lebensüberdruß.

— In Stuttgart findet Ende September eine Ausstellung von Burdandhunden statt. Der König Karl von Württemberg hat das Profektorat übernommen.

Rein über die.

— Anfrage an die deutschen Staatsanwälte: Im „gemäßlichen“, „Sachen“ wurde, wie die Zeitungen uns melden, ein Soldat der Reserve, der, nachdem er aus den Übungen entlassen war, ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausbrachte, zu drei oder sechsmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt. Was würde der Mann wohl bekommen haben, wenn er den Oberstapfenbrenner Bismarck hätte hochleben lassen?

Sehn Jahre Zuchthaus?

— Der Selbstherrscher über 80 Millionen Menschen, Alexander von Gottes Gnaden, befindet sich wieder einmal in einer Lage, die gradezu mitleiderregend wäre, wenn man mit dem grausamen Despoten, dem geschornen Feind der Freiheit und des Rechts der Völker, überhaupt Mitleid haben könnte. Im Begriff, seinen theuren Schwelgermutter in Kopenhagen zu besuchen, ist er, wie trotz aller offiziellen Vertuschungsversuche jetzt feststeht, von einem seiner beglückten Unterthanen — wie es heißt, von einem als Gardeoffizier verkleideten Revolutionär — angegriffen worden, so daß er den linken Arm wegen „rheumatischer Schmerzen“ in der Hinde fragen muß; und seitdem fällt er von einer Halluzination in die andere. Seine Reise nach Kopenhagen sieht eher einer Flucht wie etwas anderem, und in Kopenhagen sieht er überall Revolvertäufel auf sich gerichtet und Messer gegen sich gerichtet.

Ein schlechtes Gewissen läßt ihm keinen Augenblick Ruhe. Um die weiland so guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg möglichst wiederherzustellen, war eine Jubiläumskunst-Wühlmis und Alexander geplant, oder vielmehr, sie ist geplant, wird aber alle Augenblicke in Abrede gestellt, weil Väterchen sich nicht nach Stettin getraut. Der Entschluß, den er gestern gefaßt, thut ihm heut schon wieder leid.

Dier der Anglist, der nicht so ein noch aus weiß, und dort ein geistig und körperlich hinfalliger Greis — wenn da die Monarchie von Gottes Gnaden nicht imponiert, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

— Nachdem Genosse Domela Nieuwenhuis wegen einer Majestätsbeleidigung, die er nicht begangen, sieben Monate im Kerker zugebracht, hat die holländische Regierung endlich dem Druck der öffentlichen Meinung nachgegeben und den beliebten und geschätzten Volksmann amnestiert. Derselbe ist frei, und hat sofort mit ungebrochenem Muthe seine Thätigkeit für unsere Sache wieder aufgenommen. Wir senden ihm zum Wiedertritt in die Reihen der Kämpfenden unseren herzlichsten Gruß!

— Amerika. Der weitere Verlauf der Konvention der „Vereinigten Arbeiterpartei“ war nach dem Ausschneiden eines Theils der sozialistischen Delegationen entschieden, die vereinbarte Plattform (Aktionsprogramm) sowie die sonst beschlossenen Resolutionen atmen durchaus den Geist Henry George's, d. h. eines demokratischen Reichbürgers, der mit allerhand Salben und Nektaren die Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigen, aber beileibe nicht das Uebel anpacken möchte. Man höre nur die folgenden, der Plattform entnommenen Sätze:

„Wir wollen Niemanden Besitz oder Besitztum antastend, sondern jedem Produzenten durch Abschaffung aller Steuern auf die Industrie oder die industriellen Erzeugnisse den vollen Genuß seiner Arbeit sichern (ein schöner Trost für den Arbeiter!); wir wollen durch Besteuerung von Ländereien, die nicht angebaut werden, dieselben allgemein nutzbar machen, und wir erklären, daß solche Ländereien, in deren Besitz die betreffenden Inhaber nicht durch ihre eigene Arbeit, sondern durch das Waschen der Bekleidungsstücke sind, dem Gemeinwesen gehören.“

Diese Erhaltung der Steuer im Verhältnis zu dem Werthe, nicht dem Areal des Landes, würde den kleinen Farmern und Heimstättenbesitzern ungerechte Bürden abnehmen und außerdem zur Folge haben, daß der Ankauf und Besitz von Land zu Spekulationszwecken sich nicht bezahlt machte. Dadurch würde vielen Gelegenheiten gegeben werden, Beschäftigung zu finden und sich ein Heim zu gründen.

Während wir so die Verwaltung vereinfachen, die Beschäftigung einer Horde von Steuerbeamten unnützlich machen, und die Veranlassung zu Betrug und Korruption beseitigen (Illusion! Als ob die Besteuerung des Landes noch dem abschließenden Werthe nicht grade zur Korruption herausfordert!), wollen wir ferner des allgemeinen Wohls fördern und gleiche Rechte für Alle sichern, indem wir verlangen, daß alle solche Geschäfte, welche ihre Natur nach Monopole sind, der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Wir wollen, daß unsere Municipalbehörden die Bewohner der Städte mit Wasser, Licht und Heizung versorgen; wir wollen, daß die Regierung ihr Geld selbst, ohne die Intervention von Banken, emittirt. Wir befürworten ferner die Einführung des Post-Telegraphen-Systems und der Post-Sparbanken, sowie die Kontrolle der Eisenbahnen seitens der Regierung.

Da wir anerkennen, daß alle, auf die Förderung der Wohlfahrt der Arbeiter bezüglichen Reformen der legalen Billigung bedürfen, so befürworten wir die Annahme von legislativen Maßnahmen, welche die Arbeitszeit beschränken und die Beschäftigung von Kindern verbieten. Ebenso sollten Anstalten getroffen werden, um die Konkurrenz der christlichen Industrie mit der Stralingsarbeit unmöglich zu machen, die sanitäre Inspektion von Zementfabriken, Fabriken und Minen herbeizuführen und dem Mißbrauch der Verschönerungsgesetze zu keuern.“

Ferner heißt es in einer beschlossenen Resolution:

„Wir erklären uns in Gunsten der Verbesserung der Wasserstraßen des Staates; dadurch würden die Transportkosten der Lebensmittel auf ein Minimum herabgebracht und die kommerziellen Vortheile Newyorks noch mehr entfalteter werden.“

Wir protestiren gegen das Vorgehen von Eisenbahn-Monopolisten, welche in Bezug auf Stadtraten Unterstellungen machen zu Ungunsten von Beladern, die sich der Kanäle zum theilweisen Transport ihrer Waaren bedienen.

Wir verlangen die Annahme eines Gesetzes, welches ein derartiges Vorgehen der Korporation gegenüber der Bevölkerung streng verbietet. ... Wir tadeln das Unterhaus des Kongresses, weil es das im Senat angenommene Gesetz, welches die tägliche Arbeitszeit der Briefträger auf 8 Stunden festsetzte, nicht passirte, und wir verlangen, daß der nächste Kongreß ein solches Gesetz unverzüglich annahme.

„Wir sind zu Gunsten eines Gesetzes, welches bestimmt, daß die Kinder bis zum Alter von 16 Jahren — statt 14 Jahren — schulpflichtig sind.“

Wir verlangen die Begründung freier öffentlicher Bibliotheken und anderer Förderungsmittel der Bildung. ...

Privaten, Korporationen und Individuen sollte die Engagierung von Bewaffneten gesetzlich verboten sein.

Wir verwahren uns gegen Klaffengesetzgebung und erklären, daß alle Männer frei sind und gleiche Rechte haben.

Die öffentlichen Fonds sollen zur Dotierung keiner anderen als der öffentlichen Schulen und nur solcher wohlthätigen Anstalten verwendet werden, die unter der Kontrolle und Leitung des Staates stehen.

Wir verlangen die Annahme und strenge Durchführung entsprechender Fortschrittsgesetze.

Wir empfehlen den Widerruf aller Gesetze, welche die bürgerlichen und politischen Rechte der Frauen nicht anerkennen.

Wir versichern die irische Bevölkerung in deren Kampfe für eine nationale Regimenter sowie Abschaffung des Landlord-Systems unserer herzlichsten Sympathie.“

In einer von über 5000 Personen besuchten Protestversammlung, die am 20. August im Cooper Institut in New-York tagte, wurde dagegen, nachdem eine Anzahl englischer und deutscher Redner das ungerechte und unverständliche Verfahren der Georgeaner den Sozialisten gegenüber gekennzeichnet, mit überwältigender Mehrheit eine geharnischte Protestresolution beschlossen, in der es unter Anderem heißt:

„In Anbetracht, daß diese Konvention im Namen der vereinigten Arbeit eine Plattform in die Welt hinausgeschickt hat, welche allen Tendenzen und Bestrebungen der arbeitenden Klassen der ganzen zivilisierten Welt ins Gesicht schlägt; und

In Anbetracht, daß diese Plattform eine formelle Anerkennung der ungenügenden, der Besichtigte und den gegenwärtigen Verhältnissen ins Gesicht schlagenden Behauptungen Henry George's bedeutet, denen zufolge es „keinen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit“ gibt, womit dann in Wahrheit der „Kapitalist und Arbeiter“ gemeint sind; und

In Anbetracht, daß im Einklange mit dieser falschen Voraussetzung Henry George, und mit ihm die Konvention, nicht nur die Gerechtigkeit, Nothwendigkeit und Gerechtigkeit der Lohnklammer proklamirt, sondern in Wirklichkeit vorschlägt, daß der Kapitalist immer reicher gemacht werden solle, indem man seine Besitztungen und Profite von allen öffentlichen Lasten befreit, während fälschlich angenommen wird, daß eine einfache Landsteuer und absoluter Freihandel sich als Universal-Heilmittel für die grenzenlosen Uebel unseres verkehrten wirtschaftlichen Systems erweisen würden und

In Anbetracht, daß das von der genannten Konvention nominirte Ticket (Kandidatenliste) eine weitere Beleidigung der Intelligenz und des Gefühls der für Lohn arbeitenden Klasse bedeutet, welche von den Drahtziehern der Spracher Maschine vollständig ignoriert wurde, deshalb sei

Beschlossen, daß wir, die Arbeiter dieser Stadt, in Masse ver sammeln, Henry George's Plattform und seine politische Maschine zurückweisen, daß wir sein Liebelügen mit dem Haß und den Vorurtheilen der kapitalistischen Klasse verdammen, indem er sich bemächtigt, ein Oidium auf jene Organisation erster Arbeiter und fortschrittlicher Denker zu werfen, welche seit fünfzig Jahren die Schlachten der Menschheit und des Fortschritts geschlagen haben; daß wir die organisierte Arbeit im ganzen Lande auf fordern, die Arbeiterbewegung von dem Böhmen eines undankbaren und engherzigen Theoretikers zu erretten, dessen frühere Lehren durch seine jetzigen Erklärungen und sein jetziges Betragen Lügen gestraft werden. Daß, bis eine neue Partei organisiert werden kann, welche in Wahrheit eine Vertreterin der letzten Ziele und der gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeit ist, das heißt, durch praktische Maßregeln die baldige Lösung der Lage der Arbeiter zu erzielen sucht, während sie sich die Abschaffung des Lohnsystems und die Substitution der kooperativen-Produktion an deren Stelle im Auge behält — wir uns verpflichten, vereint gegen alle politischen Parteien zu stehen, einschließlich der Henry George'schen Maschine.“

Daß der Konflikt keineswegs ein nationaler zwischen Amerikanern und Deutschen, geht daraus hervor, daß die acht Mitglieder der Randratsprüfungskommission, welche die Zulassung der Sozialisten beschränkten, sämtlich geborene Amerikaner sind. Kein Zweifel, daß bei der Mehrheit auch nationales Vorurtheil eine Rolle spielt, aber dies nur sekundär, insofern die Deutschen hauptsächlich den Sozialismus vertreten.

## Korrespondenzen.

Berlin, 29. August. Wie alle Jahre, so haben wir auch dieses Jahr von ständischen Maßregeln der Bismarck-Büttkammer'schen Ordnungsbande vor und bei unserer Passafestier zu berichten.

Um das Andenken an den großen Vorkämpfer zu feiern, hatten wir einen Auszug geplant und wünschten wir eine recht zahlreiche Beihilfung, zu welchem Behufe Einladungen gedruckt und massenhaft unter den Genossen vertheilt wurden. Das hiesige Vorkammergebiet unserer Ideen hier und die dem Arbeiter immer mehr werdende Erkenntnis, daß Regierung sowohl wie Kapitalisten ihn als rechtloses Arbeitsvieh mißhandeln und schinden, ließen auf eine großartige Demonstration schließen; doch wir Arbeiter hatten die Rechnung ohne den Oberpostleibhaber gemacht. Der Regierungspräsident von Potsdam, der würdige Diener eines noch würdigeren Herrn, kam auf die raffinierte Idee, die von den Sozialdemokraten geplante Partie zu verbieten. Ausgezeichnet, ehrenwerther Mann des Gesetzes! Also diejenigen, die nun in Folge von Provokationen Ihrer Reichsbüffel verhaftet würden — denn an ein Zurückgehen der Genossen vor diesem Verbot glauben Sie und Ihre Einfältiger ja selbst nicht — konnten ja für ihre Dreistigkeit, der Sozialdemokratie anzugehören, um so höher verdammt werden.

Der 28. August brach an, und das herrlichste Sozialistenwetter lud die Genossen nach Grünau ein. Auf den Bahnhöfen waren die Jhring-Rahlow's nur so gefaßt, der eine dieser Patrone immer frecher wie der andere. Aber sonder Zagen besaßen die Genossen die verschiedensten Süge und kamen in Grünau an, wohl empfangen von den aus dem ganzen Lande drat'samt zusammengeströmten Unlügen preussischen Säbelsoldaten. Immer neue Süge mit Genossen kamen an, und ohne sich um die bestimmten Knecht zu bekümmern, ging es nach Grünau hinein. Beim ersten Witz, bei dem sich im vorigen Jahr die Genossen vergnügt hatten, fanden wir dieses Jahr keinen Zutritt, da die Bande den Eingang besetzt hielt und jeden sich dem Eingang Nähernden schroff zurückwies. Der Haupttrupp der Genossen begab sich sodann nach dem Gesellschaftshaus, während die Uebrigen von den anderen Lokalen Besitz nahmen. Als die Genossen aus den verschiedenen Stadttheilen sich begrüßt hatten, nahmen wir im Kreise unserer Angehörigen das Frühstück ein, worauf wir uns auf die mannigfaltigste Weise ergöteten. Kremsler mit Genossen langten fort und fort an, emer derselben, vom Norden Berlins kommend, hatte sich noch vor seiner Abfahrt den Liebenswürdigkeiten der Epitaphbande auszusprechen, welche alle männlichen Genossen nach der Wache führten, wo sich dieselben einer gründlichen Disziplin unterziehen mußten — natürlich Resultat gleich 00. Aber nicht nur Genossen trafen fortwährend ein, auch Reichs-Ordnungsbeder schändeten von allen Seiten auf Grünau zu. In einem Garten der Hauptstraße hatte der Landrath von D. sein Bureau eingerichtet, um im gegebenen Moment die nöthigen Befehle zum Niederlegen zu geben zu können. Gleich Nachmittag begannen die brutalen Polizeihülfen zu plänkeln und ließen Behaftungen an Verhaftungen vornehmen. Daß diese immer mehr Erregung bei den Genossen hervorriefen, ist wohl selbstverständlich. Die Genossen drängten sich um die arreirenden Gensdarmen, worauf diese nur gewartet. Sie jagen ihre Plempen, Schwangen sie wie besessen, und alles, was den Hunderten in den Weg kam, oder auch nur ihren Weg freiste, wurde niedergeworfen; auch auf Frauen und Kinder wurde keine Rücksicht genommen, eine bestialische Rohheit. Die brutalsten Gesellen, an ihrer Spitze der ferulle und durch und durch verrothete Bube Dornbogen, waren losgelassen und begrüßten es jedesmal mit teuflischem Grinsen, wenn es gelungen war, einen Proletariat niederzureiten. Zwei Genossen mußten von Kollegen hinweggetragen werden. Aber auch die Gesichter der Epitaphbande, deren jedem Einzelnen das Brandmal des Verfalls,

der Freiheit und der Bestialität aufgedrückt ist, glänzten in heller Freude bei der Blutarbeit ihrer buntfarbigen Kollegen. Eine Frau wurde, als sie bei dem Verlaß der Hallunken, auf dem Trottoir alles niederzureiten, aufstieß, verhaftet und abgeführt. Im Ganzen wurden circa 50 Genossen verhaftet, die theilweise bis Montag Nachmittag in Köpnik in Haft waren.

Der Brutalität der Polizeibande gab die Rohheit der von dem Schweiß der Arbeiter sich mähenben Kapitalistengesellschaft nichts nach. Hinter verschlossenen Thüren und Thüren, im Bewußtsein ihrer Sicherheit unter dem Schutz solcher Diener sich freudig die Hände reibend, riefen diese Schmarotzer am sozialen Körper: „Das ist recht, das ist recht, noch toller muß es kommen!“

Das ist die vielgepriesene, in Form von kaiserlichen Postkassen ver kündete „Fürsorge für die Arbeiterklasse“, das sind die vielgerühmten, von dem liberalen Bürgerthum erungenen „bürgerlichen Freiheiten“. Das ist das „theure Vaterland“, zu dessen Schutz man einen Blut zu fordern magt: Ein großes Zuchthaus, ein Land der Sklaven, die verdammte sind, zur Festung ihres einden Lebens Tag und Nacht für lärgeligen Lohn zu arbeiten, und die auf dem Wege zur Arbeit und zurück von einer, aus den ihnen abgetriebenen Stoffen besoldeten Epitaphbande verfolgt und geschahrigelt werden. Ein Fluß über Euch, verrucht Heuchler, die Ihr Euch mit erschwindelten und erprehten Mandaten als Volksvertreter aufspielt, zu Allem ja und Amen sagend, was den an der Spitze stehenden Volksbedrückern gut erscheint. Ihr seid es, die durch Annahme des Schandgesetzes so unfähiges Gend über Tausende und Abertausende von fleißigen Arbeitern und deren Familien heraus beschworen. Hinaus mit Euch, die Ihr die Kinder des Volks zu willens losen Werkzeugen macht, indem Ihr dem Volk entredet, das Vaterland sei in Gefahr. Ja wohl, für Euch, Elende, ist das Vaterland in Gefahr, seitdem sich das arbeitende Volk von den Heffeln zu befreien sucht, die Ihr ihm seit Jahren immer fester und fester angeschlossen habt! Abet alle Eure Ränke helfen Euch nichts, schon steigt die Sonne der Freiheit immer höher, schon leuchtet sie an Orten, wo Ihr Euch noch nicht wagt, die Ihr für Eure Hochburgen haltet, von denen aus Ihr unge sichtet Eure Kräfte spannen könnt. Auch dort beginnt das Volk schon zu erkennen, daß es nur zu Werkzeugen der nichtswürdigen Gewaltpolitik dienen soll, durch welche Büttkammer, Bismarck und Konjorten mit den — unverantwortlichen Automaten an der Spitze die heilige Ausbeuterordnung und Privilegienwirtschaft verewigen wollen. Es beginnt zu tagen, aber damit auch bald der volle, helle Tag hereinbreche, laßt uns keine Mühe und Arbeit scheuen, Genossen, sondern laßt uns sonder Ruh und Kraft fortarbeiten, ohne Furcht und Zagen fortzukämpfen, bis das heutige Schandgesetz beseitigt, die soziale und politische Gleichberechtigung erkämpft ist.

Magdeburg. Unsere Geheimbündler sind bis auf drei, worunter auch der alte Bremer, der „wegen ungebührlichen Betragens“ nach Altona überführt worden, im Gefängnis zu Sommer untergebracht. Dieselben werden in der Kartonnagefabrikation beschäftigt. Die Behandlung und Kost ist besser als in Magdeburg, wo man W. Haber mann glücklich unter die Erde gebracht und mehrere andere Genossen auch nahezu „fertig“ gemacht hatte. Sped, mit welchem kein Arbeiter zusammenarbeiten wollte, der sogar im Komplotz von Schiffer & Buddenberg unmöglich war, hat eine Anstellung bei dem Magdeburger Magistrat erhalten als Bote. ... Mit welcher gehobenen Stimme jagte der Gerichtspräsident bei der Urtheilsvollendung im Geheimbündlerprozess: „Auch Sped erhält 6 Monate, denn das Gericht erkennt nach Recht und Gewissen, ohne alle Rücksichten!“ Der alte Spahmacher wußte sehr gut, daß Verurteilung und Degradation durch den Karlsruher Spritzen bei allen solchen Ehrenmännern aufeinander folgen, wie der Segen auf die Buhpredigt. Sped hat sich auch schon dankbar erwiesen. Es schwebt bereits ein zweiter Prozess: Veranlassung einer öffentlichen Lotterie zu sozialdemokratischen Zwecken, womit §§ 128 und 129 abermals höchst geschmack- und kunstlos verbunden sind. Es sieht überaus fern, daß Sped schon mindestens fünf Jahre im Dienste der Polizei steht.

## Warnung.

Der Knarreischergeselle Schreiber, wohnhaft Dresdenstraße Nr. 37 in Berlin ist der Epitaph dringend verdächtig, da er auf einer Vergnügungstour nach Friedrichshagen mit dem so genannten Polizeispiegel Raporra in intimem Verkehr gesehen worden ist.

Auf Befragen seiner Kollegen, ob er die Person kenne, hat er in bejahendem Sinne geantwortet.

Signalement: Größe: 1,68—1,70 Meter, Alter: 27 Jahre, Haar: blond, Statur: schlank, gebürtig aus Westpreußen.

## Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen s. sind eingetroffen: Amsterdam, Bergen, Berlin (Ausschnitt wird mit Dank benutzt), Dortmund, Ebersfeld, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Hamburg, Jassy, Louvain, London, New-York — London, Eidersfeld u. Stralsund: Alles Beitr. in nächster Nr.

der Expedition: Hans Dampf: Fr. 12 — pr. Rückf. auf 21/4. 86 am 5/9. 87 erh. — Rahburg: Kam nach Schluß d. Bl. 86 wohlbehalten an. Im Hebrigen tant mixox. — Blutstelle: Ditz, erfolgte in Nr. 36 irrthümlich unter alter Firma. Juli u. August gehen zu ein. — Dresden i. B.: Nr. 127 — a. Cto Ad. u. erh. — D. notirt. Bl. mit 2 p. B. — G. S. Hg.: Nr. 1 — Ab. pr. Sept. erh. — Ligon: Bl. u. 1/9. erh. Ad. u. Hllg. notirt, sowie Weiteres erh. — Antw. Hll. — Zum Bekerdenkmal Nr. 25 — von Braunschweig erh. — Florestan: Fr. 112 pr. Porto u. 60 Bl. pr. Uds. dh. verm. Bl. Weiteres mittelst 25 Cts. Karte. — Paul Sp.: Nr. 70 — a. Cto Ad. u. erh. Gruß besorgt u. herzlich erm. Alle Ihre Verse. kommen direkt in dessen Hand. — Agence Libre, Paris: Fr. 250 Ws. 2. Du. erh. — G. R. Hg.: 25 Bl. f. Sht. erh. Belegtes abgeliefert. Weiteres sehr erwünscht. — Die Sanften: Fr. 4 25 f. Sht. erh. pr. R. R. — Hpt. Genf: Fr. 210 Mon. 3. erh. pr. R. R. — Die Rothen f. H.: Nr. 8701 a. Cto Ad. u. erh. Bl. erm. — G. R. Hg.: Nr. 1 65 f. Sht. u. erh. Weiteres folgt. — L. G. R. in Gds a. Hs.: Nr. 8 — erh. — Rothe Koppel: Alles nach Wunsch besorgt. Bl. am 3/9. Weiteres. — J. Hoyer Remport: Fr. 255 a. Cto Ad. u. erh. Sht. pr. 87 geordn. Bl. u. Ad. folgen nach Wunsch. — Bukarest: Fr. 15 75 P. B. pr. 2. Du. u. Fr. 4 75 pr. Uds. dh. erh. Fr. 178 50 pr. Ad. 3. Du. u. Sht. gutgeh. — G. R. D. Dg.: 15 fr. erh. — Bürger Sanftmuth: Kois u. Ad. v. 4/9. erh. Befindes regerthit. Bl. erm. — h.: Bl. u. Ad. v. 2. dh. erh. Weiteres notirt. Auch P. R. v. 4/9. hier. Weiteres erm. — Donau: Momentan nicht einmal annähernd möglich. (Schluß folgt.)

## Anzeigen.

Zürich Samstag, den 10. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwanens (Stadt):

Geschlossene  
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagordnung:

Wichtige Parteianglegenheiten,

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Vorkammschuß.

Nur Mitglieder, die nicht länger als 3 Monate mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben Zutritt. Die Mitgliedskarten sind beim Eintritt vorzuweisen. Bezahlung von Beiträgen kann am Eingang bemerkt werden.

Schwarz. Genossenschaftsdruckerei Göttingen-Druck.